

Sachdokumentation:

Signatur: DS 4718

Permalink: www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/4718



Nutzungsbestimmungen

Dieses elektronische Dokument wird vom Schweizerischen Sozialarchiv zur Verfügung gestellt. Es kann in der angebotenen Form für den Eigengebrauch reproduziert und genutzt werden (private Verwendung, inkl. Lehre und Forschung). Für das Einhalten der urheberrechtlichen Bestimmungen ist der/die Nutzer/in verantwortlich. Jede Verwendung muss mit einem Quellennachweis versehen sein.

Zitierweise für graue Literatur

Elektronische Broschüren und Flugschriften (DS) aus den Dossiers der Sachdokumentation des Sozialarchivs werden gemäss den üblichen Zitierrichtlinien für wissenschaftliche Literatur wenn möglich einzeln zitiert. Es ist jedoch sinnvoll, die verwendeten thematischen Dossiers ebenfalls zu zitieren. Anzugeben sind demnach die Signatur des einzelnen Dokuments sowie das zugehörige Dossier.



Parteiprogramm der Jungen EVP Schweiz

Junge EVP – Für die Nächsten.

Wir sind junge Menschen, die geleitet von einem klaren Wertekompass politisieren und unser Zusammenleben mitgestalten möchten. «Für die Nächsten»: Aus dem Wert der christlichen Nächstenliebe politisieren wir uneigennützig und ehrlich, aus Mitgefühl, Liebe und Verantwortung gegenüber allen Menschen, die auf unserem Planeten leben oder in Zukunft noch in diese Welt geboren werden.

Als J EVP setzen wir uns ein – wir vertreten die Werte, die es zu schützen gilt und verhelfen den Visionen zum Durchbruch, für die es sich zu kämpfen lohnt. Was diese christlichen Werte für uns bedeuten, zeigt dieses Parteiprogramm auf.

Familie und Beziehungen

Sichere, tragfähige und langfristige Beziehungen sind für uns Menschen essentiell. In ihnen erfahren wir Vertrauen, lernen wir, erhalten wir ehrliche Rückmeldungen und können unsere geheimsten Ängste und Gedanken formulieren.

Die langfristige Stabilität und Tragfähigkeit solcher Beziehungen wollen wir fördern. Dies insbesondere in den traditionellen Erscheinungsformen Ehe und Kernfamilie, welche gerade in einer augenscheinlich verstärkt individualistischen Welt noch immer vielerorts starke Bande gegenseitiger Verantwortungsnahme knüpfen.

- Emotionale Reife und Beziehungsfähigkeit sollen als wichtige Kompetenzen geachtet und gestärkt werden. Menschen sollen Verantwortung in Beziehungen übernehmen und in stabilen Beziehungen gedeihen können.
- Wir wollen die finanzielle Belastung für Familien verkleinern: über höhere Kinderzulagen und Prämienverbilligungen sowie Betreuungsgutscheine für Eltern mit niedrigem Einkommen.
- Verschiedene Formen der Kinderbetreuung wie beispielsweise Kitas oder die Betreuung durch Familienangehörige werden gleichermassen gefördert.
- Die Vereinbarkeit von Berufs- und Familienleben muss verbessert werden: durch Beiträge an die Betreuung, Schaffung und Förderung von Teilzeitstellen, freiwillige Tagesstrukturen für Schulkinder und Elternurlaub.



- Eltern soll der Zugang zu Unterstützungsangeboten in der Erziehungsarbeit offenstehen: durch Erziehungshilfen, höhere Elternschaftsbeihilfe für Alleinerziehende und finanziell verkraftbare Angebote für Familienfreizeiten.
- Hausmänner und Hausfrauen sollen Anerkennung erfahren: durch die Anrechnung der Erziehungsjahre beim beruflichen Wiedereinstieg. Damit wollen wir zur Gleichberechtigung beitragen und in der Erziehung erlernte, für sämtliche Arbeiten dienliche Fähigkeiten honorieren.

Klima und Umwelt

Wir wollen Gottes Schöpfung schützen: Mit dem Kampf gegen den Klimawandel, Nachhaltigkeit als zentraler Wert und ausgebautem Umweltschutz für Mensch und Natur.

Die Natur bietet uns nicht nur ihre offensichtliche Schönheit, sondern ist Grundvoraussetzung für alles Leben. Freuen wir uns daran und tragen wir ihr Sorge. Zu oft wird unser Planet aber als Ressource betrachtet, welche möglichst gewinnbringend ausgebeutet wird. Es braucht ein Umdenken zum Prinzip der Nachhaltigkeit – im Kleinen wie im Grossen. Der Klimawandel ist eine globale Herausforderung, zu welcher die Schweiz ihren Beitrag leisten muss. Klimapolitik muss aber sozialverträglich ausgestaltet werden und darf nicht auf die einzelnen Konsumentinnen und Konsumenten abgeschoben werden. Deshalb stehen wir ein für eine aktive und nachhaltige Umweltpolitik und rasch handelnde Klimapolitik, die darauf abzielt, die Schöpfung zu schätzen und zu schützen.

- Der Klimawandel ist die grösste Bedrohung unserer Zeit. Die Schweiz steht als reiches Land in der Verantwortung. Bis 2040 soll die Schweiz klimaneutral sein (Netto-0) und als starker Innovationsstandort zu wichtigen technologischen Entwicklungen beitragen.
- Wir fordern die Erhaltung von schützenswerten Landschaften und der Artenvielfalt von Tieren und Pflanzen.
- Wasser ist Lebensgrundlage und deshalb besonders zu schützen. Ausgebauter Gewässerschutz und pestizidarme Landwirtschaft sind dafür notwendig.
- Der Verkehrsbereich trägt zu einem grossen Teil zum CO₂-Ausstoss bei. Der Weg zu Netto-0 ist klar:
 - Ein starker öffentlicher Verkehr als attraktive Alternative zum Individualverkehr und Angebote für "Park and Rail" in Regionen mit schlechter Anbindung an den öV.
 - Priorität für Velos und Fussgängerinnen und Fussgänger in Innenstädten.
 - Ausbau der Ladeinfrastruktur für E-Autos und Zulassungsstopp von neuen PKWs mit Verbrennungsmotor.
 - Weiterentwicklung von Wasserstofftechnologie für LKWs und Flugverkehr. Bis dahin Kostenwahrheit durch angemessene CO₂-Besteuerung und Flugticketabgabe.



- Langfristig muss ein Ausstieg aus der Atomenergie stattfinden. Um die Stromversorgung gleichwohl sicherzustellen, muss in den Umstieg auf erneuerbare Energiegewinnung investiert werden.
- Die Loslösung von fossilen Energien bringt grosse Herausforderungen bei der Stromversorgung. Ein nachhaltiger Energiemix sieht für uns so aus:
 - Förderung der Solarenergie und einfache Möglichkeit zur Einspeisung überschüssiger Energie ins Netz. Begrenzung der Einsprachemöglichkeiten von Anwohnenden.
 - Ausbau der Speichersysteme in den Alpen und damit der Schweiz als "Batterie" von Europa zur Ausgleichung der Überproduktion im Sommer.
 - Wo sinnvoll: Bau von Windkraftwerken.
 - Enge Anbindungen ans europäische Stromnetz.
- Für einen bewussten und nachhaltigen Konsum muss der Preis von tierischen Produkten die tatsächlichen Kosten abbilden und Produzierende fair entschädigen. Wir fordern die Offenlegung der Ökobilanz bei Lebensmittelprodukten in Form eines Ampelsystems (Eco-Score).
- Foodwaste soll in der Produktion, im Verkauf und in den Privathaushalten vermindert werden. Dazu muss die Bevölkerung sensibilisiert werden und eine Anpassung der Lebensmittelnormen stattfinden. Nicht (mehr) verkäufliche Lebensmittel sollen von Detailhändlern an gemeinnützige Institutionen gespendet werden.

Bildung

Wir setzen uns ein für ein starkes öffentliches Bildungssystem, das zur gesellschaftlichen Teilhabe, der individuellen Entwicklung und dem rücksichtsvollen Umgang miteinander befähigt und zugleich unsere Wirtschaft mit innovativen und kompetenten Arbeitskräften versorgt.

Eine Bildung auf hohem Niveau hat ihren Preis, aber ist diesen auch wert! Wir fordern daher eine mit genügend Ressourcen und qualifizierten Lehrkräften ausgestattete Bildung, die allen offensteht und auf ein breites Spektrum von Lebensbereichen (Beruf, Beziehungen, politische Teilhabe, Religion, Ethik, ...) vorbereitet.

- Wir befürworten ein harmonisiertes Schulsystem zwischen den Kantonen.
- Wir fordern ein Schulsystem, welches auf individuelle Bedürfnisse eingeht, damit alle Schülerinnen und Schüler Fortschritte machen können.
- Bildung dient der Vorbereitung auf das spätere Leben: Sie hat die Ansprüche an gesellschaftliche und politische Teilhabe und den Umgang mit ethischen und religiösen Fragestellungen ebenso zu berücksichtigen wie Interessen der Wirtschaft.



- Kinder mit Behinderungen und/oder Migrationshintergrund sind, wo immer möglich und gewünscht, konsequent in die öffentliche Schule zu inkludieren. Die dafür notwendigen Ressourcen sind auszubauen. Flüchtlingskinder sollen durch mehr Sprachkurse konsequenter in die öffentliche Schule inkludiert werden.
- Das duale Bildungssystem der Schweiz ist ein wichtiges Kapital. Die Attraktivität der Berufslehre und die Durchlässigkeit des Bildungssystems müssen deshalb gestärkt werden.
- Die Universitäten sollen allen offenstehen, die das Talent, Interesse und den Durchhaltewillen zum Studium haben.
- Die Schulen haben folgende Kompetenzen verstärkt auszubilden: Reflektierter und kritischer Umgang mit Information (Erkennen von "Fake News") und Datenschutz, Umgang mit Finanzen (Schutz vor Verschuldung), Methoden zur Reduktion von Leistungsdruck, kritische Reflexion von Pornografie und Prostitution sowie Kenntnisse über religiöse Grundkonzepten und ethische Fragestellungen.
- Als Massnahmen gegen sexuelle Gewalt sollen für Lehrpersonen Schulungen zu diesem Thema angeboten werden. Gleichzeitig ist eine Aufklärung bereits auf Kindergartenstufe wichtig.

Soziale Marktwirtschaft

Wir wünschen uns eine Wirtschaft, die dem Menschen nützt und nicht den Menschen ausnutzt. Gleichzeitig bildet eine starke Wirtschaft die Grundlage für Arbeitsplätze und Wohlstand der Schweiz. Dafür sind gute Rahmen- und international vorteilhafte Marktbedingungen notwendig.

Für uns bedeutet das: Wir stehen ein für Soziale Marktwirtschaft. Wir wünschen uns ethisches Unternehmertum mit Verantwortung für die Gesellschaft. Arbeitnehmende in der Schweiz, wie im Ausland, sollen fair entlohnt und vor Ausbeutung geschützt werden. Der Markt und der Wettbewerb sind dabei im gesetzlichen Rahmen wichtige und wertvolle Treiber für Innovation und Produktivität.

- Wir setzen uns ein für eine Soziale Marktwirtschaft und Soziales Unternehmertum, welches das Wohl von Menschen nicht nur aus PR-Gründen vor Gewinnmaximierung stellt.
- Die Beschäftigung von Menschen aus der Sozialhilfe und der IV soll gefördert werden, indem Hürden abgebaut und flexible Lösungen ermöglicht werden. Die Zusammenarbeit zwischen Unternehmen und Behörden ist zu intensivieren.
- Wir fordern gerechte Bedingungen für alle Arbeitnehmenden: geschlechterunabhängige Löhne, die freie Entfaltung und soziale Teilhabe für alle ermöglichen, Sonntagsarbeit nur wo nötig und eine generelle Beachtung der Arbeitszeiten.



- Der Zollabbau für importierte Produkte aus Entwicklungsländern soll das Wirtschaftswachstum im jeweiligen Land unterstützen.
- Wir engagieren uns für einen konsequenten Schutz vor Menschenhandel sowie jeglicher Ausbeutung, sei dies durch Zwangsarbeit, Lohndumping oder unfairer Entlohnung von Praktika.
- Die Bürokratie für Betriebe muss minimiert und KMUs durch gesetzliche Vorschriften möglichst wenig behindert werden.
- Der Steuerwettbewerb ist zwischen Kantonen und international zu reduzieren.

Gesundheit

Wir stehen ein für eine christlich-ethische Gesundheitspolitik, die das Leben fördert und Menschenwürde garantiert.

Gesundheit und Lebensqualität sind uns wichtig. Dafür braucht es gute Rahmenbedingungen. Das Gesundheitssystem ist nachhaltig und kostengünstig zu gewährleisten. Das Leben soll konsequent von der Entstehung bis zum Tod geschützt werden. Mit dem Fortschritt in der Medizin ist Verantwortungsbewusst und gerecht umzugehen.

- Das Wohlbefinden der Bevölkerung soll durch Information und Anreize bzgl. ausgewogener Ernährung, genügend Bewegung und Gesundheit gestärkt werden. Dem Zusammenhang zwischen der psychischen Gesundheit und der körperlichen ist mehr Beachtung zu schenken.
- Angebote für die psychische Unterstützung Minderjähriger und junger Erwachsener müssen ausreichend verfügbar und niederschwellig zugänglich sein.
- In dicht besiedelten Gebieten sollen weiterhin Grünanlagen, Begrünungen und lärmfreie Zonen geschaffen werden.
- Wir wollen eine transparente und wahrheitsgetreue Kennzeichnung der ungesunden Inhaltsstoffe (z.B. per Nutri-Score), die Reduzierung des Süssgrads in verarbeiteten Lebensmitteln und eine richtungsweisende Zuckersteuer und dazugehörige Sensibilisierungskampagnen.
- Abtreibungen, Sterbehilfe und Suizide sollen verhindert werden. Personen, welche sich in schwierigen Situationen befinden, sollen vermehrt echte Unterstützung erfahren. Möglichkeiten zur Verhinderung von Abtreibungen (wie Baby-Fenster, anonyme Geburt, Beratungsstellen für Beziehungs- und Schwangerschaftsberatung) sowie von Sterbehilfe (z.B. durch Palliative-Care) sind deutlich stärker zu fördern. Zudem müssen psychische Krankheiten entstigmatisiert werden.



- Jeder Mensch ist gleich an Wert und Würde. Ältere, Menschen mit Behinderung und kranke Menschen dürfen nicht an den Rand der Gesellschaft gedrängt werden.
- Es braucht neue Modelle für die Alters- und Pflegeheime, damit uns kein Engpass in der Gesundheitsversorgung droht. Pflegeberufe müssen attraktiv sein. Es sollen mehr Ärztinnen und Ärzte in der Schweiz ausgebildet werden.
- Prämienverbilligungen sollen in allen Kantonen durch einheitliche Regeln vermehrt vergeben werden und niederschwellig zu erhalten sein, damit Gesundheit allen sozialen Schichten zugänglich bleibt.
- Einen Ausweg aus explodierenden Gesundheitskosten sehen wir darin, Spitäler zu zentralisieren (tiefere Spitaldichte, dafür mehr Kompetenzbündelung, höhere Qualität und tiefere Kosten). Medikamentenpreise müssen zudem gesenkt und ans europäische Ausland angeglichen werden.
- Die Attraktivität des Hausarzt-Modells muss für Patientinnen und Patienten, Krankenkassen und Ärztinnen und Ärzte gesteigert werden.

Digitalisierung

Wir befinden uns im Zeitalter der digitalen Revolution. Die Digitalisierung durchdringt mehr und mehr fast alle unsere Lebensbereiche und verändert, wie wir arbeiten und unsere Freizeit verbringen, ermöglicht in der Wissenschaft Unvorstellbares, beeinflusst, wie wir kommunizieren und nimmt sogar Einfluss darauf, wie wir unsere Umwelt wahrnehmen.

Wir setzen uns dafür ein, dass die Schweiz und die Menschen, die hier leben, dazu befähigt werden, die Chancen der Digitalisierung verantwortungsvoll, informiert und reflektiert zu nutzen und so Risiken und negative Nebenwirkungen reduzieren.

- Verwaltungsprozesse sind so zu digitalisieren, dass der Zugang für die Bevölkerung erleichtert wird.
- Wir fordern, dass öffentliche Dienstleistungen barrierearm zugänglich sind. Dabei sind – wo sinnvoll – immer analoge Alternativen bereit zu stellen.
- Wir engagieren uns für national und international strengere Vorschriften hinsichtlich des Sammelns, Verarbeitens und Verkaufs von personenbezogenen Daten aus dem Internet.
- Wir fordern einen Verzicht auf die Bereitstellung kritischer technologischer Infrastruktur durch Unternehmen aus autoritären Staaten (Bsp. Huawei, China).
- Wir setzen uns ein für mehr staatliche Massnahmen zum Jugendschutz und zur Suchtprävention im Netz (u.a. Alters- und Zugangsbeschränkungen zu Suchtspiel, Pornographie und Produkten in Onlineshops, Aufklärung über Suchtproblematik).
- Jugendliche sollen einen gesunden Umgang mit den sozialen Medien entwickeln sowie ihre Bildschirmzeit selbständig kontrollieren lernen.



- Wir fordern staatliche Lösungen für die Bereitstellung digitaler Dienste mit sensiblen Persönlichkeitsdaten (z.B. e-ID, elektronisches Patientendossier).
- Wir fordern die Festlegung und konsequente Umsetzung klarer ethischer Richtlinien zum Umgang mit digitalen Daten für staatliche und/oder staatsnahe Organisationen mit digitalen Daten (u.a. Datenerhebung Swiss Pass, Standort-Tracking Swisscom, Datenauswertung Lehrmittel).
- Zur Förderung der politischen Partizipation auch im digitalen Raum unterstützen wir Projekte zur Entwicklung von eCollecting-Systemen zur Sammlung von Unterschriften für Volksinitiativen und Referenden.

Aussenpolitik

Die Schweiz ist ein souveränes Land auf einer komplex verwobenen, globalisierten Landkarte. Wir fühlen uns beschenkt, in einem so schönen Land leben zu dürfen. Wir anerkennen, dass es nicht allein unser Verdienst ist, dass es der Schweiz gut geht. Das macht uns demütig. Unsere Gesellschaft soll nicht von Abgrenzung leben, sondern sich durch Weitblick, Solidarität und Kompromissbereitschaft auszeichnen.

Die Schweiz ist keine Insel. Wir brauchen starke und tragfähige Beziehungen zu unseren Nachbarländern, zu Europa und zu weiteren Partnerländern. Das Schweizerkreuz, das weltweit als Gütesiegel dient, soll weiterhin für Friedensförderung bekannt sein.

- Die Spannungen in unserer Beziehung zu Europa sollen abgebaut werden. Wir appellieren an alle Beteiligten, im Interesse aller einvernehmliche und tragfähige Lösungen zu finden.
- Dazu gehört die Sicherstellung unserer Beteiligung an europäischen Programmen in Bildung, Kultur, Forschung, Strom, Luftfahrt, Verkehr und Binnenmarkt.
- Es ist anzuerkennen, dass die EU und die Schweiz nicht mehr am selben Punkt stehen wie seit Aushandlung der Bilateralen I+II und dass unserer institutionellen Zusammenarbeit ohne entsprechende Einbettung schmerzhaft Grenzen gesetzt sind.
- Der Bundesrat soll die Verhandlungen zum institutionellen Rahmenabkommen mit konkreten Forderungen wieder aufnehmen und/oder einen EWR-Beitritt ins Auge fassen.
- Die Schweiz leistet weltweit wichtige Einsätze als Vermittlerin zugunsten des Friedens. Diese Stellung als diplomatische Vermittlerin (Friedensförderung) und als Sitz internationaler Organisationen soll weiterhin gefördert werden.
- Unser finanzieller Beitrag an Entwicklungshilfe soll erhöht werden, um unsere weltweite Verantwortung stärker wahrzunehmen.
- Die Schweiz soll konsequent als Botschafterin für die Einhaltung der Menschenrechte dienen.



- Verstösse gegen die Religionsfreiheit müssen mit den betreffenden Staaten angesprochen werden. Keine Geschäfte ohne Dialog über Menschenrechte und Religionsfreiheit.
- Das 2013 abgeschaffte Botschaftsasyl soll wieder eingeführt werden. Dadurch wird illegalen und oft lebensgefährlichen Fluchtrouten entgegengewirkt und ermöglicht den betroffenen Personen, Asylgesuche bereits in ihrem Herkunftsstaat bei der Schweizer Botschaft einzureichen.
- Die Schweiz soll gemeinsam mit internationalen Partnern aktiv gegen Steuervermeidung durch multinationale Unternehmen vorgehen.
- Wir wollen keine Waffenexporte in Konfliktländer. Ausnahme bilden rein defensive Güter (wie z.B. Schutzwesten), sofern im Konflikt die UNO-Charta oder das Völkerrecht verletzt werden.
- Die Wahrung der Schweizer Neutralität lässt uns in internationalen Gremien glaubwürdig auftreten und ist deswegen wichtig für unsere Vermittlerrolle. Die Einhaltung der Menschenrechte bzw. die Verurteilung von Menschenrechtsverletzungen hat in jedem Fall Vorrang vor einem starren Neutralitätsbegriff. Die Verurteilung von völkerrechtswidrigem Verhalten sowie das Ergreifen von Wirtschaftssanktionen sind kein Bruch mit unserer Neutralität.

Gleichstellung

Festgefahrene Stereotypen in unseren Köpfen sind ein potenzielles Hemmnis für die freie Entfaltung einer Person, sei es in persönlicher oder beruflicher Hinsicht. Neben der Überwindung von diesen ist ein weiterer erforderlicher Punkt die Chancengleichheit. Wir setzen uns deswegen ein für die Gleichstellung von Frau und Mann in allen Lebensbereichen und damit für die Beseitigung jeglicher direkten und indirekten Diskriminierung aufgrund des Geschlechts.

- Der im Gleichstellungsgesetz verankerte Grundsatz von «gleichem Lohn für gleiche oder gleichwertige Arbeit» ist in vielen Berufen noch immer keine Selbstverständlichkeit und muss verstärkt eingefordert werden.
- Eine freie, vom geschlechtsstereotypischen Denken unabhängige Berufswahl ist die Grundlage zur umfänglichen und chancengleichen Beteiligung beider Geschlechter am wirtschaftlichen Leben. Zur Erreichung von Kaderpositionen und Ämtern sollen Hindernisse für Frauen beseitigt werden.
- Es sollen Strukturen zur einfacheren Vereinbarkeit von Familie und Beruf geschaffen werden. Die Möglichkeiten zur Teilzeitarbeit muss verbessert werden, damit alle Familienmitglieder neben der Teilnahme am wirtschaftlichen Leben auch einen Beitrag zur Haus-, Familien- und Pflegearbeit leisten können. Gleichzeitig müssen diese Betreuungsarbeiten stärker honoriert werden.
- Externe Betreuungsstrukturen wie Kitas und Tageselternplätze sollen ausgebaut werden.



- Wir fordern eine 26-wöchige Elternzeit, wovon mindestens 14 Wochen durch die Mutter bezogen werden soll.
- Die Fixierung auf den (sexualisierten) Frauenkörper reduziert die Möglichkeit der Durchsetzung der angestrebten Gleichstellung. Es braucht konkrete Massnahmen gegen den Sexismus im Alltag.
- Gegen geschlechtsspezifische Gewalt sollen Massnahmen ergriffen werden: Präventions- und Aufklärungskampagnen sowie das Bereitstellen von niederschwelliger Hilfe für Opfer in Form von Schutz und Rechtshilfe. Im Sexualstrafrecht sollen dieses Anliegen unterstützende Bestimmungen verankert werden.
- Wir setzen uns für eine Verbesserung der sexuellen Gesundheit ein durch die Förderung eines reifen und respektvollen Umgangs mit Sexualität, welcher bewusstes und verantwortungsvolles Handeln sowie das Setzen angemessener Grenzen beinhaltet. Dafür sind Aufklärung, Wissen und Enttabuisierung grundlegend.
- Die geschlechterbezogene Datenlücke bei wissenschaftlichen Untersuchungen im medizinischen Bereich, auch «Gender Data Gap» genannt, ist nachteilig und birgt Gefahren für die Gesundheit von Frauen, weswegen sie geschlossen werden muss.

Gesellschaftlicher Zusammenhalt

Das Streben nach Gerechtigkeit ist der Kern und Motivation unserer politischen Arbeit. Ausbeutung, Diskriminierung und Unehrllichkeit machen uns wütend. Wir setzen uns deshalb besonders stark für Menschen ein, welche Unrecht erfahren, keine Stimme haben oder auf Unterstützung angewiesen sind. Die Bundesverfassung, die Erklärung der Menschenrechte und die Bibel lehren uns: Jeder Mensch ist wertvoll und wir möchten jedem einzelnen davon in unserem persönlichen und politischen Handeln mit Nächstenliebe begegnen.

«...dass die Stärke des Volkes sich misst am Wohl der Schwachen»

Präambel der Bundesverfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft

«Da die Anerkennung der angeborenen Würde und der gleichen und unveräußerlichen Rechte aller Mitglieder der Gemeinschaft der Menschen die Grundlage von Freiheit, Gerechtigkeit und Frieden in der Welt bildet»

Präambel der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen

«Denn das ganze Gesetz lässt sich in dem einen Wort zusammenfassen: "Liebe deinen Nächsten wie dich selbst."»



Die Bibel, Galater 5,14

- Massnahmen gegen steigende Ungleichheit durch angemessene Besteuerung von hohem Vermögen und Erbschaft.
- Beseitigung der Heiratsstrafe bei Steuern und Rente durch ein Vollsplitting.
- Unsere Steuern basieren auf Solidarität: Wer viel hat, trägt für andere viel bei. Möglichst alle Steuern sollen progressiv sein und der Steuerwettbewerb zwischen Kantonen und Gemeinden begrenzt werden.
- Prostitution ist sexuelle Gewalt, welche die Würde der Menschen angreift. Wir fordern deshalb ein Sexkaufverbot, bei dem Freier bestraft werden (Nordisches Modell).
- Geflüchtete Menschen, besonders solche mit negativem Asylentscheid, sind stark in ihren Rechten gefährdet. Sie sind in ihrer Würde zu schützen und in der Integration zu unterstützen.
- Steuerhinterziehung bringt enormen Schaden für Staat und Gesellschaft mit sich. Für eine Weissgeldstrategie wollen wir das Bankgeheimnis weiter lockern und durch automatischen Informationsaustausch Steuerkriminalität stärker bekämpfen.
- Wir unterstützen die Einführung eines allgemeinen Bürgerdienstes (Service Citoyen) in Form einer Betätigung für die Allgemeinheit oder die Umwelt, da wir alle eine Verantwortung für unsere Gemeinschaft haben und somit einen wertvollen Beitrag zu ihrem gesunden Funktionieren leisten können.
- Generationengerechtigkeit hält unsere Gesellschaft zusammen. Das Rentensystem soll solidarisch für Seniorinnen und Senioren sein, darf aber keine ungerechte Umlagerung auf Kosten jüngerer Generationen bewirken.
- Wir wollen die Demokratie stärken mit fairem Wahlsystem, mit dem hürdenfreien Doppelten Pukelsheim und Bürgerinnen- und Bürgerräten in Gemeinden.

Beraten und verabschiedet an der ordentlichen Mitgliederversammlung der Jungen EVP Schweiz am 14. Januar 2023 in Olten.